

Der Griechenland-Bericht von EU, EZB und IWF soll alles klären. Aber wer auf eine Vorgabe hofft, die der Politik die Entscheidung abnimmt, täuscht sich.

Warten auf die Troika

Von Gerd Held

Wer in diesen Tagen ein kritisches Urteil über den Stand der Dinge in Griechenland abgibt, dem wird – mitunter in barschem Ton – beschieden, er solle erstmal schweigen und „den Bericht der Troika“ abwarten. Dieser Bericht, der nun auf Anfang Oktober verschoben ist, soll richtungweisend sein, wenn über die Sonderhilfe für Griechenland zu entscheiden ist. Es hört sich gut an: Eine internationale Fachkommission prüft und dann kann man sachgerecht entscheiden. Die Befunde der Troika sollen so klar und solide sein, dass die Antwort auf die griechischen Probleme eigentlich nur noch eine technisch-administrative Angelegenheit ist – und keine brisante politische Entscheidung. Nun kann man den Ruf nach Sachlichkeit durchaus unterstützen. Es ist richtig, dass nicht vage kulturelle Urteile über eine „südlich-träge Mentalität der Griechen“ oder über ein „byzantinisches geschichtliches Erbe“ den Ausschlag geben, sondern messbare Realitäten der griechischen Gegenwart. Da kann ein nüchterner Bericht, der im Grundsatz davon ausgeht, dass die Griechen durchaus fähig sind, das Richtige zu tun, sehr hilfreich sein. Allerdings ist die Frage, wie weit eine internationale Inspektion das Richtige ermitteln kann, besonders, wenn es um brisante Sachverhalte geht.

Die Troika soll also den Stand der Reformbemühungen feststellen. Wird diese Feststellung strikt nach den Tatsachen getroffen, müsste sie sehr negativ ausfallen. Seit dem Schuldenschnitt sind Reformen kaum vorangekommen, eventuell wäre sogar der Begriff „Reformstillstand“ angemessen. Die Verringerung der Zahl der Staatsbediensteten um 150000 ist nicht einmal begonnen, auch ist nicht klar, wie

viele der vorherigen Entlassungen noch in Widerspruchsverfahren hängen. Die Öffnung der 200 „geschlossenen Berufe“, deren Ausübung als Sonderrecht vergeben wird, ist praktisch blockiert. Gleiches gilt für den Verkauf von Staatsunternehmen. Es gibt nach wie vor kein verlässliches Immobilien-Kataster. Zahlreiche Fälle von Sozialversicherungsbetrug, Steuerhinterziehung und Vetternwirtschaft sind bekannt geworden, ohne dass es bisher in größerem Umfang zu einer strafrechtlichen Verfolgung gekommen wäre. Das sind die Fakten, aber sie werden durch eine merkwürdige Sprachregelung gemildert: Der Reformprozess sei „wegen der Wahlen“ in Verzug geraten, heißt es. Das ist keine Sachfeststellung, sondern eine Deutung. Man könnte die Fakten auch umgekehrt deuten: Um die Reformen nicht umsetzen zu müssen, hat man Wahlen veranstaltet und das Regieren praktisch eingestellt. Diese Deutung ist natürlich viel brisanter. Es gibt also ein Bewertungsproblem und das betrifft auch den aktuellen Kurs der Regierung Samaras. Lässt man als Prüfstein für ihren Reformeifer gelten, dass sie ein neues Reformpaket durch das Parlament bringt? Das wäre recht billig, denn es sind dort schon zahlreiche Pakete verabschiedet worden, ohne dass daraus etwas Zählbares erfolgt wäre. Die Inspektion müsste sich also auf das Umsetzungsproblem konzentrieren und Veränderungen finden, die seine Lösung erwarten lassen.

Es gibt noch ein tieferes Problem. Es sind ja Strukturen, die im Fall Griechenland hinderlich sind und verändert werden müssen. Aber kann der Bericht überhaupt Struktur-Aussagen treffen? Bisher kursieren eher pauschale Daten. Ohne Zweifel gibt es in Griechenland Ausgabenkürzun-

gen und vor allem auch Steuererhöhungen. Aber treffen diese Maßnahmen wirklich die lähmenden, unproduktiven Strukturen und schaffen sie dadurch einen Anreiz für die Gesellschaft, das Land aktiver zu bewirtschaften? Oder treffen die Maßnahmen eher die gewerblichen Tätigkeiten, während diejenigen, die es sich in den Nischen irgendeiner Bürokratie oder privilegierten Stellung bequem gemacht haben, kaum erfasst werden? In diesem Punkt sind die Rezessionsdaten der griechischen Wirtschaft doppeldeutig. Die Rezession kann Folge der nachlassenden Kaufkraft sein. Sie kann aber ebenso darauf zurückzuführen sein, dass die Finanzhilfen zu sehr die passiven Einkommen stabilisieren und zu wenig Menschen motiviert werden, in den produktiven Sektor zu wechseln. Die Stagnation bei den Wirtschaftsreformen deutet auf diesen schlechten Effekt hin. Es kommt also nicht so sehr auf Konjunkturdaten an, sondern darauf, wie ernst man das Problem der passiven Einkommen nimmt, die durch staatliche und gesellschaftliche Privilegien entstehen. Dominieren solche Einkommen in einem Land – die Wissenschaft spricht von einer „rent seeking society“ – dann ist die pauschale Zufuhr von Finanzmitteln aus dem Ausland die schlechteste Medizin und jede andere Form der Hilfe besser. Sicher überfordert man den Bericht der Troika, wenn man von ihm in dieser Frage ein definitives Urteil erwartet. Aber zumindest sollte der Bericht einen Überblick geben können, wohin die direkten und indirekten Finanzhilfen geflossen sind und in welchem Maße sie im produktiven Sektor ankommen. Das ist schon schwierig genug.

Es ist bekannt, dass die griechische Sozialstatistik lückenhaft ist. Es gibt im Land unzählige Geschichten einzelner Behörden und Orte, aber kaum eine belastbare Gesamtzählung, die auch regionale Vergleiche erlaubt. Sozialstatistik ist eine Hoheitsaufgabe und keine internationale Inspektion kann sie ersetzen. Kann man da zum griechischen Strukturproblem mehr berichten als Einzelfälle und Allgemeinplätze?

So steht die Mission der Troika unter schlechten Vorzeichen. Gewiss kann man vom Griechenland-Bericht einige Aufklärung erwarten und sollte ihn nicht von vornherein abtun. Um jedoch über weitere Hilfen entscheiden zu können, werden Erkenntnisse gebraucht, die weit über die Feststellung von Fakten hinausgehen. Ohne den politischen Mut, aus den Fakten kritische Schlussfolgerungen zu ziehen, geht es nicht. Und nun – nach dem Beschluss der Europäischen Zentralbank über unbegrenzte Anleihenkäufe – bekommt diese Mission eine zusätzliche Brisanz. Der EZB-Beschluss formuliert die Absicht, dass nur Anleihen von Staaten gekauft werden, die Reformanstrengungen unternehmen und die sich dabei kontrollieren lassen. Der Griechenland-Bericht der Troika ist also ein Testfall. Welche Erkenntnisse kann eine internationale Kommission über ein Land gewinnen, was ist der Anspruch auf „Kontrolle“ praktisch wert? Hier kann sich exemplarisch zeigen, wie realitätstauglich die Formel „Hilfen gegen Reformen“ ist, wenn sie grenzüberschreitend in Europa angewendet werden soll. Wir dürfen also gespannt sein.

(Manuskript vom 8.9.2012, erschienen als Essay in der Tageszeitung DIE WELT am 11.9.2012)